

Pressemitteilung 21. Juni 2010

FDP Friedrichshain Kreuzberg fordert Wahl Joachim Gaucks

Die FDP in Friedrichshain-Kreuzberg spricht sich für die Wahl Joachim Gaucks zum Bundespräsidenten aus. Der Vorstand des Berliner Bezirksverbands fällte bei einer Enthaltung einen einstimmigen Beschluss, mit dem auch andere Parteigliederungen aufgefordert werden, eine Wahlempfehlung pro Gauck abzugeben.

„Wir konnten die Stimmung an der Basis nicht länger ignorieren“, erklärt die ehemalige stellvertretende Berliner Landesvorsitzende den Beschluss. „Die FDP-Mitglieder halten Joachim Gauck für den besseren Kandidaten. Und ich gehe davon aus, dass das nicht nur bei uns in Friedrichshain-Kreuzberg so ist.“

Joachim Gauck habe durch seinen Werdegang sowie durch öffentliche Äußerungen immer wieder deutlich gemacht, dass sein höchster Wert *Freiheit in Verantwortung* ist. „Ein Bundespräsident, der liberale Werte verkörpert und diese durch deutliche Worte in der Öffentlichkeit vertritt, kann nur im Interesse der FDP sein“, so die Bezirksvorsitzende der FDP Friedrichshain-Kreuzberg. So könne Joachim Gauck mit Hinweis auf die eigene Vita auch glaubhaft vor den Gefahren eines Überwachungsstaates warnen.

Von der Wahl Gaucks verspricht sich die FDP Friedrichshain-Kreuzberg aber nicht nur eine Stärkung der Positionen der FDP gegenüber der Union. Auch SPD und Bündnis90/Die Grünen, die Gauck für das Amt des Bundespräsidenten eigentlich nominiert haben, dürften sich mit Gaucks Positionen zur Sozialpolitik weit weniger identifizieren als die Liberalen, so Hansen. Sie verweist auf Aussagen Gaucks, dass ein überfürsorglicher Sozialstaat entmündigende Wirkung habe und die Eigenverantwortung der Menschen untergrabe.¹

Für Hansen zeigen gerade Gaucks Äußerungen zur Sozialpolitik, dass SPD und Grüne seine Nominierung – trotz gegenteiliger Behauptungen – vor allem als Belastungsprobe für die christlich-liberale Bundesregierung verstehen. „Die eigentliche Wahl Gaucks kann SPD und Grünen gar nicht recht sein“, erklärt Hansen. Sie müssten dann die Frage „ihres“ Präsidenten beantworten, ob die Mittel für ein tragfähiges soziales Netz „irgendwo auf der Welt außerhalb eines sehr gut funktionierenden Kapitalismus“² überhaupt erwirtschaftet werden können. „Wenn die FDP darauf hinweist, dass die finanziellen Mittel, die der Staat verteilen soll, erst einmal erwirtschaftet werden müssen, unterstellen SPD und Grüne reflexartig soziale Kälte.“

Eine Belastungsprobe für die schwarz-gelbe Bundesregierung kann Hansen in der Wahl Gaucks durch FDP-Wahlmänner nicht erkennen. Das einzige Kriterium für die Wahl des Bundespräsidenten müsse das Profil des Kandidaten sein. „Die Bundesversammlung ist nicht der Ort, um die Stabilität der christlich-liberalen Koalition unter Beweis zu stellen“, so Hansen. „Eine Wahl nach parteipolitischen Kalkül, das heißt eine Wahl am Bürger vorbei, würde den Verdross über die hinter der Stimmenmehrheit stehende christlich-liberale Koalition doch noch mehr schüren.“ Einigkeit sollten die Bundesregierung und die sie stützenden Parteien besser durch entschlossenes Umsetzen des Koalitionsvertrags unter Beweis stellen, so Hansen. Sie fügt allerdings hinzu: „Hier wäre aber erstmal die Union am Zuge.“

¹ „Wer immer nur fördern will und gefördert werden will, entmündigt aus Versehen auch Menschen, denen zuzumuten ist, eigene Verantwortung zu übernehmen.“ Aus: Zwischen Furcht und Neigung – die Deutschen und die Freiheit“; 3. Berliner Rede zur Freiheit am Brandenburger Tor 21.4.2009, siehe: http://www.freiheit.org/files/62/Broschuere_3_Berliner_Rede_korr_22.07.09.pdf

² Ebenda.